

Gewerkschaft liche Monatshefte 4'78

Heinz O. Vetter

Mit dem Rücken zur Wand?*

Im Mai 1978 findet der 11. Ordentliche Bundeskongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Hamburg statt. Damit ist der Versuch verbunden, auf die letzten Jahre zurückzuschauen und die neu auf uns zukommenden Aufgaben zu erfassen. Die Bilanz unserer Überlegungen ergibt keine prinzipiell neuen Gesichtspunkte. Die Analyse, die wir vor drei Jahren an dieser Stelle angestellt haben, hat sich als realistisch erwiesen, wir brauchen sie lediglich fortzuschreiben.* Unsere Vermutungen über die zukünftige Entwicklung haben sich leider bestätigt; die sich Mitte der siebziger Jahre andeutenden Trends sind schärfer hervorgetreten. Die Gewerkschaften wurden in dieser Zeit noch stärker in die Defensive gedrängt, zugleich haben sie für die Arbeitnehmer eine noch größere Bedeutung erlangt, wo es um die Sicherung von Grundbedürfnissen wie Beschäftigung, Einkommen, berufliche Bildung und soziale Sicherung geht, die von vielen als endgültig erreicht angesehen wurden.

I.

1975 hatten wir festgestellt, daß die Unternehmer Ölschock, Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit zum Anlaß nehmen, um ihre Vorstellungen von Unternehmerfreiheit zu restaurieren. Das hatte sich beispielsweise in der Investitionspolitik, in der beruflichen Bildung oder in der Mitbestimmung deutlich gezeigt. Da wurde versucht, die Gewerkschaften mit dem Schlagwort vom „Gewerkschaftsstaat“ als diejenigen darzustellen, die mit dem wirtschaftlichen Gleichgewicht gleichzeitig die po-

• Der Beitrag mußte aus technischen Gründen Anfang März abgeschlossen werden, so daß die aus den aktuellen tarifpolitischen Auseinandersetzungen sich ergebenden Probleme noch nicht ausreichend berücksichtigt werden konnten.

* Heinz O. Vetter, Gewerkschaftspolitik in schwieriger Zeit, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 4/75, S. 201 ff.

litischen Freiheiten bedrohen und machtlüstern die Übernahme von Staat und Gesellschaft planen. Inzwischen sind die Angriffe auf die Gewerkschaften und die Arbeitnehmer etwa bei der Lohnpolitik einerseits noch offener geworden, andererseits werden die wahren Ziele der Unternehmer durch bestimmte Theorien oder ordnungspolitische Vorstellungen verschleiert.

Heute muß die Frage der Beschäftigung in ihrer außerordentlichen Verschärfung nach wie vor der Ausgangs- und der Endpunkt unserer Bemühungen sein. Hier setzen die Unternehmer den Hebel zur Wiederherstellung ihrer Privilegien an, hier sind die Gewerkschaften gefordert. Genaugenommen geht es nicht nur um die Zahl von über einer Million Arbeitslosen, die seit Jahren nicht abgebaut werden konnte. Wir müssen uns auch die in ihre Heimatländer zurückgekehrten Ausländer oder die aus Resignation in die „stille Reserve“ abgewanderten Frauen vergegenwärtigen, die in diesen Statistiken nicht erscheinen, wir müssen die nicht unbeträchtliche Zahl Jugendlicher in Betracht ziehen, die keine Lehrstelle finden, aber sich nicht als Arbeitslose registrieren lassen. Dazu kommt die Kurzarbeit und der Rationalisierungsdruck, der aus jedem noch Beschäftigten die letzten Reserven herausholt, ohne daß er seines Arbeitsplatzes sicher wäre. Arbeitslosigkeit ist insofern nur die Spitze eines Eisbergs, über den wir die Arbeitsintensivierung, die Dequalifizierung und die unwertige Beschäftigung nicht vergessen dürfen.

Regierung wie Arbeitgeber und Unternehmer erklären zwar die Vollbeschäftigung zum Thema Nummer eins, gleichzeitig rechnen sie aber auch für die nächsten Jahre nicht mit einer wirklichen Verbesserung der Beschäftigungslage - die Arbeitslosigkeit wird gewissermaßen eingeplant; und zwar selbst, wenn - wie gehabt - die Wachstumsraten kräftig steigen und die Gewinne in manchen Bereichen der Wirtschaft üppig fließen.

Die Unternehmerstrategie ist einfach und einleuchtend: die Löhne sind an allem schuld, die Kosten müssen gesenkt werden, die Rahmenbedingungen für unternehmerische Freiheit sind wiederherzustellen. „Der Markt“, der seit Jahren die Vollbeschäftigung nicht wiederherstellen kann, wird unbeirrt beschworen. Den Gewerkschaften, die dies feststellen, wirft man Dogmatismus vor. Wenn keine Vollbeschäftigung erreicht ist, dann sind die Löhne eben immer noch zu hoch.

Die Gewerkschaften, noch vor kurzem wegen Entfremdung von der Basis gerügt, haben jetzt nach Unternehmermeinung die Mitglieder zu disziplinieren und sie quasi auf Lohnstopp einzustimmen. Gleichzeitig wird der Staat massiv unter Druck gesetzt, um steuernde und korrigierende Einflußnahmen auf dem Feld der beruflichen Bildung, der Mitbestimmung, des Umweltschutzes, um nur einige Beispiele zu nennen, wieder rückgängig zu machen oder sie in ihrer Substanz auszuhöhlen. Welch ein Aufschrei wäre wohl durch das Land gegangen, wenn die Gewerkschaften gegen fast einstimmig beschlossene Gesetze in Karlsruhe klagen würden; oder wenn sie in

den Tarifverhandlungen schon vor dem Beginn der Verhandlungen erklären, daß ihr erstes Angebot auch ihr letztes sei und ohne Streik würde es kaum gehen; oder wenn sie die Tarifpolitik der Einzelgewerkschaften zentral zu steuern versuchen würden!

Der Staat ist erpreßbar geworden und viele Bürger lassen sich leider durch die Fiktion des Gewerkschaftsstaates mehr beeindruckt als durch die Realitäten des Unternehmerstaates, der immer offener zum Ausdruck kommt, unterstützt durch die Phalanx konservativer Ökonomen und Institute, deren Lautstärke im umgekehrten Verhältnis zur Richtigkeit ihrer Vorhersagen steht. Da die Zeit hoher Wachstumsraten, die früher für genügend Nachfrage nach Arbeitskräften sorgte, auf absehbare Zeit vorbei sein dürfte, gewinnt die Einführung neuer Technologien eine ganz besondere Bedeutung, werden doch ganze Berufszweige vom Aussterben bedroht. Und es ist kein Zufall, daß arbeitsplatzsichernde Maßnahmen im Alltag der Betriebsräte und bei den Tarifverhandlungen eine immer größere Rolle spielen. Hier liegt für die Gewerkschaften ein zentraler Punkt: Wir können kein Wirtschaftssystem akzeptieren, das einerseits auf Dauer eine große Zahl von Menschen aus dem Arbeitsleben ausschließt, das andererseits aber die Arbeitenden einem fast unerträglichen Rationalisierungsdruck unterwirft.

Aber es geht nicht nur um isolierte Beschäftigungs- und Konjunkturprobleme. Der Rückgang des Wachstums hat auch weniger Steuern in die öffentlichen Kassen fließen lassen. Dadurch wurden manche reformpolitisch wichtigen Programme gekürzt. Durch seine Sparpolitik hat der Staat sogar krisenverschärfend gewirkt. Die gesunkenen Einkommen bedeuten auch weniger soziale Abgaben. Die Krise mußte sich in der Gesundheits- wie in der Alterssicherung auswirken, wobei gleichzeitig die Zahl der alten Menschen anstieg. Das soziale Netz hält und wird unter den jetzigen Bedingungen auch weiter halten, selbst wenn Einschränkungen in den Zuwachsraten nicht zu vermeiden sind. Wir sollten uns da von Panikmachern nicht irremachen lassen, die ein Klima der Unsicherheit und Angst erzeugen wollen. Da werden sinnloser Terrorismus und notwendige Konfliktaustragung in einen Topf geworden, und ein Erlaß, der eigentlich dazu dienen sollte, Verfassungsfeinde vom öffentlichen Dienst fernzuhalten, wird so angewendet, daß sich Kleinmut und Duckmäusertum in einer Jugend verbreitet, die eigentlich kritisch und vorwärtsdrängend sein sollte.

Der kursorische Überblick zeigt, daß unsere Situation schwierig geworden ist. Aber wir sollten das Augenmaß bewahren und die gewerkschaftlichen Erfolge bei der Einkommens- und Arbeitsplatzsicherung auch nicht geringschätzen. In der Auseinandersetzung mit den Unternehmern, aber auch mit den Parteien und gesellschaftlichen Gruppen um unsere Lage müssen wir den Nebel der Schlagworte durchstoßen und zu den Tatsachen kommen, um die es geht und die die Existenz des einzelnen bestimmen. Unsere Kollegen vor Ort haben ein feines Gespür für die wahren und für die selbsternannten Freunde, wie die Mitgliederzahlen beweisen.

II.

Ohne die Delegierten festlegen zu wollen, läßt sich doch vorhersagen, daß die wirtschaftliche und gesellschaftliche Gesamtlage die Diskussion unseres Kongresses wesentlich bestimmen wird.

Wir haben nie behauptet, daß wir ein Patentrezept zur Lösung der Krise hätten. Aber wir haben stets die Priorität der Vollbeschäftigung hervorgehoben und in unserem Vollbeschäftigungsprogramm vom Juli 1977 ein Bündel von konkreten Maßnahmen vorgeschlagen, das uns diesem Ziel wesentlich näherbringen könnte: Wir sind für allgemeine Programme, wenn sie wirklich und nachprüfbar zu mehr Beschäftigung führen. Wir sind ferner für eine Betonung des qualitativen Wachstums, also für Investitionen und den Einsatz von Mitteln in den Bereichen, die ohnehin, und nicht nur aus beschäftigungspolitischen Gründen, dringend ausgebaut werden müssen. Das betrifft etwa Maßnahmen im Umweltschutz, bei der Verbesserung der Arbeitsbedingungen, in der Altenpflege, der beruflichen Bildung oder im Wohnungsbau, um einige Beispiele zu nennen. Solche Aktivitäten können, wenn man sie nicht an den engen Maßstäben des Bruttosozialprodukts mißt, sondern sie mit der breiteren Beurteilung einer sozialen Kosten-Nutzen-Rechnung erfaßt, durchaus gewinnbringend für die Gesamtgesellschaft sein. Wenn etwa die Verbesserung der Arbeitsbedingungen Arbeitsunfälle und spätere Frühinvalidität verhindert, wenn eine sinnvolle Betreuung alter Menschen Krankheit und Isolierung verringert oder wenn eine breit angelegte berufliche Bildung die spätere Umstellungsfähigkeit erhöht, so sind dies über den gesellschaftspolitischen Wert für den einzelnen auch volkswirtschaftlich gut angelegte Mittel.

Wenn man zudem berücksichtigt, daß nach den Berechnungen der Bundesanstalt für Arbeit ein Arbeitsloser in etwa ebensoviel kostet wie die Kosten für eine gesellschaftlich sinnvolle Beschäftigung betragen würde, dann wird der „Luxus“ hoher Arbeitslosigkeit vollends unbegreiflich. Sicher geht es hier nicht nur um finanzielle Mittel, sondern ebenso um die Schwierigkeiten, einen mit Vollzugsaufgaben befaßten Staatsapparat auf neue Erfordernisse umzustellen. Die Probleme, die hier liegen, wurden zuletzt bei der Vergabe der Mittel für das 16-Mrd.-Programm der Bundesregierung deutlich. Dabei geht es uns nicht aus dogmatischen Gründen um mehr Staat oder eine Erhöhung der sogenannten Staatsquote. Entscheidend ist, daß im gegenwärtigen Zeitpunkt eine Anzahl von Aufgaben, die privatwirtschaftlich nicht zu lösen sind, am besten unter öffentlicher Verantwortung durchgeführt werden.

Wir sind jedoch der Meinung, daß Wachstumsanreize allein für die Vollbeschäftigung nicht ausreichen. Gleichzeitig muß das Arbeitsangebot zurückgenommen werden, da die Kombination von niedrigen Wachstumsraten, hohen Produktivitätsfortschritten, der Einführung neuer Technologien und zunehmende Zahlen von jungen Menschen, die in das Berufsleben eintreten, keine andere Chance lassen.

Bei der Verringerung des Arbeitsangebots haben wir eine Palette von Maßnahmen vorgeschlagen, die eine Verlängerung der Bildungszeiten wie eine Vorverlegung der flexiblen Altersgrenze einschließen. Innerhalb des Arbeitslebens gibt es wiederum verschiedene Möglichkeiten, die von längeren Pausen über einen Abbau der Nacht- und Schichtarbeit bis hin zur Verlängerung des Jahresurlaubs oder der Einführung der 35-Stunden-Woche reichen. Auch in diesem Paket ist gesellschaftspolitisch ohnehin Wünschbares mit beschäftigungspolitisch nützlichen Effekten verbunden. Die einzelnen Ansätze können, soweit sie in den Regelungsbereich der Tarifverträge fallen, gemäß den branchenbedingten Möglichkeiten flexibel geregelt werden.

Die deutschen Gewerkschaften haben technischen Wandel und Rationalisierung nicht behindert, aber sie können nur soweit und so lange zu einer solchen Politik stehen, wie die Rationalisierung sozial kontrolliert ist. Einer Entwicklung, die für die weit überwiegende Mehrheit der Arbeitnehmer nur Arbeitsintensivierung, Zerstörung von Qualifikationen und Arbeitslosigkeit produziert, können wir nicht zustimmen, selbst wenn das Sozialprodukt dabei neue Rekordhöhen erreichen sollte. Es kann keinen Zweifel daran geben, daß für die Gewerkschaften die Möglichkeit sinnvoller und vollwertiger Arbeit im Mittelpunkt ihrer Aktivitäten stehen muß. Und noch etwas: Weil die Arbeit für die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften im Mittelpunkt steht, werden und müssen sich die Arbeitnehmer an die bestehenden Arbeitsplätze klammern, wenn ihnen nicht in anderer Weise eine Beschäftigung geboten wird. Das gilt etwa für die Rüstungsindustrie, für langfristig schrumpfende Industriezweige oder für Unternehmen mit besonderen Problemen. Nur wenn eine Strukturpolitik entwickelt werden kann, die diese Sicherheit schafft, kann der Wandel von der Beschäftigungsseite her ohne größere Konflikte ablaufen. Die Gewerkschaften haben dazu mit Wirtschafts- und Sozialräten, Investitionsmeldestellen und Branchenausschüssen unbürokratische und flexible Vorschläge unterbreitet, die mehr Beachtung verdienen. Doch hier zeigt sich, daß überall dort, wo es um strukturelle Änderungen geht, die die alleinige Entscheidungsmacht der Unternehmer beeinträchtigen, die gewerkschaftlichen Fortschritte minimal gewesen sind. Wir haben ein Absinken des Lebensstandards für viele verhindert, wir haben uns für die Arbeitsplatzsicherung eingesetzt, aber wir haben den Strukturwandel nicht der gewerkschaftlichen Mitgestaltung öffnen können. Wir müssen unseren Mitgliedern diesen Sachverhalt selbstkritisch offenlegen. Mehr ist nur zu erreichen, wenn wir uns auf ihre aktive Solidarität verlassen können.

Die hohe internationale Verflechtung der Bundesrepublik ändert an diesen Überlegungen nichts Grundlegendes. Die betroffenen Einzelgewerkschaften haben etwa im Stahlbereich, im Schiffbau oder bei Textilien Vorschläge erarbeitet. Unsere Weltmarktabhängigkeit und die Entwicklung des Dollarkurses werfen zwar Pro-

bleme auf, können aber kein Freibrief dafür sein, die möglichen Anpassungskosten allein auf dem Rücken der Arbeitnehmer auszutragen - abgesehen davon, daß unsere Einfuhren zum Teil beträchtlich billiger geworden sind.

III.

Bis in die letzten Jahre war es erklärte gewerkschaftliche Politik, den Ausbau des Sozialstaates nicht zuletzt über die staatliche Gesetzgebung und Maßnahmen der Regierung voranzutreiben. Das Mitbestimmungsgesetz 1976 hat uns gezeigt, daß die Realisierung von Reformpolitik ausschließlich über die politischen Parteien und parlamentarische Konstellationen bindet, die sich durchaus nicht immer mit den Interessen der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften decken. Die Verbindung der Sozialdemokratischen Partei, die unsere Mitbestimmungsvorstellungen unterstützt hat, mit einer gewerkschaftsfernen Freien Demokratischen Partei hat uns nach langem Tauziehen ein Mitbestimmungsgesetz beschert, daß diesen Namen nicht verdient. Es hat durch den leitenden Angestellten, der zur Arbeitnehmerbank gezählt wird, und durch das Doppelstimmrecht des Aufsichtsratsvorsitzenden, der von den Anteilseignern gestellt wird, nicht nur keine paritätische Mitbestimmung gebracht; es hat darüber hinaus durch das Zurückdrängen der außerbetrieblichen Gewerkschaftsvertreter im Verhältnis zu den betrieblichen Vertretern, durch komplizierte Wahlverfahren und die Aufsplitterung der Arbeitnehmerbank neue entsolidarisierende Tendenzen festgeschrieben. Die Einheitsgewerkschaft wird untergraben, wenn wir uns nicht frühzeitig zur Wehr setzen.**

Unter diesen Bedingungen konnten wir uns nicht länger mit den Unternehmern im Rahmen der Konzertierte Aktion an einen Tisch setzen. In der gleichen Zeit, in der sie uns in diesem Forum zur engen Zusammenarbeit und gemeinsamen Lösung der schwierigen Probleme aufgefordert haben, wollten sie durch die Mitbestimmungsklage vor dem Bundesverfassungsgericht die Reste der Mitbestimmungsansätze auf Unternehmensebene aufheben, die einer gemeinsamen Konfliktlösung dienen könnten.

Durch die Reformfeindlichkeit von beachtlichen Teilen der FDP und der CDU/CSU, die auch auf die SPD nicht ohne Eindruck geblieben ist, ist damit eine faktische Blockade des Ausbaus des Sozialstaats erreicht. Unter diesen Bedingungen ist eine zukunftsorientierte Gesetzgebung nicht möglich, und eine fortschrittliche Politik kann nicht betrieben werden. Die Unternehmer versuchen darüber hinaus durch die Einschaltung des Bundesverfassungsgerichts auch die rechtlichen Fundamente sozialstaatlicher Politik wieder abzubauen in der Hoffnung, daß das höchste Gericht nicht nur die Verfassungsmäßigkeit des Mitbestimmungsgesetzes

** Vgl. meinen Beitrag „Mitbestimmung in der Krise — Krise der Mitbestimmung?“, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 11/77, S. 673 ff.

prüft, sondern, entgegen seinem Auftrag, Grenzen für zukünftige gesetzliche Regelungen in diesem Bereich zieht. Zählt man dazu noch die offene Konfrontationspolitik der Unternehmer gegenüber den Gewerkschaften, so wird ein Umdenken unserer Strategien unvermeidbar: Wir müssen uns mehr auf unsere eigene Kraft verlassen.

Das bedeutet nicht, daß wir nicht auch in Zukunft unsere Forderungen an Parteien und Regierung richten — wir werden sie nicht aus ihrer Pflicht entlassen. Und wir werden einen besonders engen Kontakt zum Arbeitskreis für Arbeitnehmerfragen in der SPD wie zur Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft in der CDU halten. Über diese parteigebundenen Arbeitnehmerorganisationen können wir miteinander arbeiten und unsere Meinungen austauschen; aber es wäre mit der Einheitsgewerkschaft nicht vereinbar, den Weg von der einen Partei zur Gewerkschaft als Einbahnstraße zu betrachten. Die Einheitsgewerkschaft braucht den politisch bewußten Arbeitnehmer, aber sie ist nicht Instrument einer Partei. Für unsere gewählten Repräsentanten darf die Priorität der gewerkschaftlichen Ziele nicht durch parteipolitische Bindungen außer Kraft gesetzt werden. Ich unterstreiche ausdrücklich auch für die innergewerkschaftliche Auseinandersetzung, die sich seit unserer Bundesjugendkonferenz entwickelt hat: Die Autonomie der Einheitsgewerkschaft bedeutet, daß gewerkschaftliche Positionen in und für die Gewerkschaften entwickelt werden. Das schließt nicht aus, daß wir über diese unsere Positionen inhaltliche Diskussionen führen.

Wenn wir unsere Eigenständigkeit betonen, so wollen wir andererseits keine Konflikte konstruieren. Ich habe das Gefühl, daß gerade in der gegenwärtigen Zeit die Unterschiede zwischen Gewerkschaften und der sozialliberalen Koalition mehr noch zu den Sozialdemokraten künstlich aufgebläht werden. Wir haben aufgrund der Geschichte der Arbeiterbewegung ein freundschaftlicheres Verhältnis zur SPD als zu den anderen Parteien; aber das schließt nicht aus, daß wir unsere Meinung deutlich sagen, ob es nun um das Mitbestimmungsgesetz, um die Rolle des staatlichen Sektors in der Beschäftigungspolitik, um die Konjunkturprogramme, um die berufliche Bildung oder um die Sozialpolitik geht. Wir werden die Parteien an ihren konkreten Taten messen, und in diesem Zusammenhang haben wir in der Tat Anlaß zu Kritik, aber wir werden auch die gegebene Situation berücksichtigen.

IV.

Wenn wir die autonomen Möglichkeiten der Gewerkschaften - vor allem durch ihre Tarifpolitik - mehr in den Mittelpunkt stellen, dann hat das Konsequenzen. Wir müssen mehr bei den einsehbaren Interessen der Mitglieder anknüpfen, und wir müssen unsere Forderung auf Inhalte beziehen, für die unsere Mitglieder mobilisierbar sind: Ohne ihre aktive und engagierte Solidarität ist kein Fortschritt durchzuset-

zen, nicht einmal das Erreichte zu bewahren. Unsere Mitglieder erfahren die Arbeitswelt und bestimmen ihre Lebenslage nach den Möglichkeiten, die ihnen der Betrieb und die Gemeinde bieten. Wir müssen deshalb die Überlegungen zur organisatorisch-institutionellen Anpassung der Gewerkschaften an die gewandelte Situation fortführen. Dies gilt nicht zuletzt für eine mitgliedernahe Organisation. Unsere DGB-Kreise könnten dabei zweifellos in Zukunft wichtigere Aufgaben übernehmen als es im Augenblick der Fall ist.

Gleichzeitig ist es unmittelbar einsichtig, daß eine besondere Betonung der autonomen Möglichkeiten gewerkschaftlichen Handels nicht zuletzt die Mitglieds-gewerkschaften des DGB betrifft, die über diese Möglichkeiten verfügen, die die Dachorganisation DGB *nicht* hat. Auch auf einem DGB-Kongreß kann deshalb nicht außer acht gelassen werden, daß einerseits den Industriegewerkschaften eine besondere Aufgabe zuwächst, andererseits der DGB in seiner Aufgabe der gemeinsamen Zielbestimmung, der Koordination und der Herstellung von übergreifender Solidarität besonders gefordert ist. Aber dabei darf nicht vergessen werden, daß nach Satzung und realer Lage der DGB nur so stark ist, wie ihn die Mitgliedsgewerkschaften machen. Man kann die Dachorganisation nicht überlasten und sollte, ohne ihre Möglichkeiten zu unterschätzen, doch auch nicht ihre Grenzen übersehen.

Im Klartext: Wenn bei einer Verschärfung der tarifpolitischen Auseinandersetzungen, die allein schon aus der unternehmerischen Konfrontationsstrategie zu erwarten ist, eine Einzelgewerkschaft wie die Industriegewerkschaft Druck und Papier, die Unterstützung der Gesamtorganisation benötigt, wenn einer zügellosen Aussperrungsstrategie der Unternehmer in einem Bereich solidarische Gegenmaßnahmen aller DGB-Gewerkschaften entgegengesetzt werden müssen, so kommen damit neuartige Aufgaben auf die Dachorganisation zu, deren Bewältigung mit den traditionellen Abgrenzungen nur bedingt zu leisten ist. Wir dürfen deshalb bei der Bestimmung neuer Ziele nicht die organisationspolitischen Konsequenzen ihrer Umsetzung außer acht lassen.

Alles in allem wird uns jedoch die Einheitsgewerkschaft eine verlässliche Grundlage sein, auf der wir aufbauen können. Die Solidarität, die ihre konkrete Stärke bedeutet, war schon in der Tarifrunde dieses Jahres gefordert, und dieser Test der Solidarität wird in Zukunft mehr denn je bestanden werden müssen. Die Arbeitnehmer haben begriffen, um was es in diesen Jahren geht; trotz rückläufiger Beschäftigung sind die Mitgliederzahlen erstaunlich stabil geblieben, haben sogar in manchen Bereichen erheblich zugenommen. Das Bewußtsein ist weitverbreitet, daß die ganze gewerkschaftliche Kraft notwendig ist, um die Existenzprobleme der Arbeitnehmer zu lösen.

Im übrigen wird allzuleicht die eminente politische Aufgabe der Einheitsgewerkschaft unterschätzt, die durchaus unterschiedlichen Teilinteressen von Arbeitnehmergruppen zusammenzuführen, sie abzuwägen und durch interne demokratische

Prozesse einheitliche Positionen festzulegen, die von allen Mitgliedern getragen werden. Gerade in schwierigen Zeiten ist dies eine die Gesellschaft stabilisierende Leistung, die für eine rationale Austragung von Konflikten gar nicht zu überschätzen ist.

Mit der Aufnahme der Gewerkschaft der Polizei, als 17. Mitgliedsgewerkschaft des DGB, haben wir ein Ereignis von gewerkschaftshistorischer Bedeutung zu verzeichnen. Dies ist nicht nur ein administrativer Vorgang, wir betrachten dies auch als Versuch, die Staatsgewalt mit der Arbeiterbewegung zu versöhnen.

Wir hatten geplant, dem 11. Ordentlichen Bundeskongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes den Entwurf eines neuen Grundsatzprogramms vorzulegen, der dann auf einem außerordentlichen Kongreß zu behandeln wäre. Ich persönlich habe dieser Aufgabe stets große Bedeutung beigemessen und dies auch schon auf dem letzten Kongreß zum Ausdruck gebracht.

Die wirtschaftliche Lage hat sich auf nationaler Ebene wie im Weltmaßstab verändert, der strukturelle Wandel erzwingt neue Lösungsansätze, die parlamentarisch-politischen Konstellationen sind aus gewerkschaftlicher Sicht zu überdenken. Mit einem Wort: die Gesamtvorstellung von unseren Aufgaben muß auf den Prüfstand gestellt werden. Unabhängig vom Ergebnis dieser Bemühungen sollte eine breite Diskussion in der Mitgliedschaft dem Programm die notwendige Legitimationsgrundlage geben. Ein neues Grundsatzprogramm, das auf den bewährten Elementen unseres Düsseldorfer Programms von 1963 aufbauen könnte, würde es gestatten, die gewerkschaftliche Tagesarbeit mit den übergreifenden Perspektiven zu verbinden und von unseren zentralen Ansatzpunkten her die Realität des Arbeitslebens zu gestalten. Dies gilt auch und gerade unter den gegenwärtigen schwierigen Bedingungen der Gewerkschaftspolitik***, zumal die Parteien und andere gesellschaftliche Gruppen, was ihre programmatische Selbstdarstellung angeht, ebenfalls nicht geschlafen haben.

Die Diskussion um ein neues Grundsatzprogramm ist leider nur langsam in Gang gekommen. Es mag eine Rolle spielen, daß manche eine Zeit der ökonomischen Schwierigkeiten und der gesellschaftlichen Tendenzwende nicht für den geeigneten Zeitpunkt einer Grundsatzdiskussion halten. Dann mag auch beigetragen haben, daß wir in den letzten 15 Jahren die Überlegungen über gesamtgesellschaftliche Alternativen nicht gerade intensiv geführt haben, wengleich in dieser Zeit respektable Einzelprogramme entstanden sind.

Die aktuellen Tarifaueinandersetzungen und die Wahlen zum Mitbestimmungsgesetz '76 haben gerade jetzt viel Aufmerksamkeit in den Einzelgewerkschaften gefunden und gebunden. Einige mögen letztlich sogar die Notwendigkeit scheu-

*** Darauf habe ich in dieser Zeitschrift im Rahmen der Grundsatzprogrammdiskussion besonders hingewiesen. Vgl. 4/76, S. 194 ff: „Für ein neues Grundsatzprogramm des DGB“.

en, eigene Positionen zu überdenken. Die Probleme der Selbstverständigung und der Abstimmung von Zielen kosten nicht nur in der Mitgliedschaft Zeit, sondern auch im Verhältnis des DGB als Dachorganisation zu seinen jetzt 17 Mitgliedsge-
werkschaften.

Diese Probleme, die erklären, weshalb auf diesem Kongreß möglicherweise noch keine Diskussionsunterlage vorliegt, sprechen nicht gegen, sondern unterstreichen geradezu die Notwendigkeit für ein neues Grundsatzprogramm.